Die Verbindung zwischen IWF und Ukraine-Krise

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Lynn Fries (LF): Hallo und willkommen, ich bin Lynn Fries, Produzentin von Global Political Economy oder GPEnewsdocs.

„Der Konflikt, mit dem die Welt derzeit in der Ukraine konfrontiert ist, kann nicht unter Ausblendung der Art und Weise verstanden werden, wie 'der Westen' nach dem Fall der Berliner Mauer Osteuropa, einschließlich Russland, mit einer Wirtschaftsdoktrin vereinnahmte, die nicht nur unangemessen war, sondern auch massiven Schaden anrichtete und den Menschen ein Gefühl von Zweitrangigkeit gab. Das Ergebnis ist eine Vielzahl von Staaten, die heute nur aufgrund der Rohstoffverschwendung im Zuge der Öffnung aller Märkte nicht zu den gescheiterten Staaten gezählt werden. Dies und absurde, vom Westen orchestrierte Privatisierungsversuche ebneten den Weg für eine Oligarchie, die vom Westen zunächst als 'private Lösung' des Strukturproblems gepriesen wurde, sich aber als fatal für die Entwicklungschancen der Länder erwies. Zudem waren es gerade diese oligarchischen Strukturen, die einer funktionierenden Demokratie von vornherein den Weg versperrten, weil nur Regime zugelassen wurden, die sich mit den Oligarchen arrangierten. Doch das wird im Westen bis heute nicht zur Kenntnis genommen."

Soweit ein Zitat aus „Eastern Europe and Russia – The economic disaster we created is forgotten", ein Artikel von Heiner Flassbeck. Heiner Flassbeck war von 1988 bis 1998 Chefvolkswirt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin, dem DIW. Von 1998 bis 1999 war Flassbeck Staatssekretär, also stellvertretender Minister im Bundesfinanzministerium. Mit einem solchen Erfahrungsschatz schildert Flassbeck, wie er und einige seiner DIW-Kollegen in den 90er Jahren versuchten, zum Wiederaufbau der Wirtschaftsstrukturen und der wirtschaftlichen Entscheidungsfindung in einer der ehemaligen Sowjetrepubliken, Kasachstan, beizutragen, und dass andere Kollegen des DIW ebenso

intensiv in Russland, der Ukraine und anderen Ländern tätig waren. Flassbeck betont die IWF-Präsenz in jeglichen von ihnen aufgesuchten Ländern.

In seinem Artikel „The IMF connection with the Ukraine crisis“ schreibt Prabhat Patnaik über den IWF, dass dieser zu einem Instrument in den Händen des internationalen Finanzkapitals geworden ist, welches ein Vordringen in sämtliche Teile der Welt ermöglicht. Aber nicht nur ist er ein Instrument des internationalen Finanzkapitals, er dient auch als Instrument der westlichen Großmächte, die hinter diesem Kapital stehen. Während der Interessenvertretung des internationalen Finanzkapitals wird er in den gesamten Zwangsapparat der westlichen Großmächte eingebettet. Patnaik führt weiter aus, dass Putins Regime keineswegs von der Macht des Finanzkapitals losgelöst ist.

Prabhat Patnaik berichtet aus Neu-Delhi, Indien, über diese Themen. Er ist emeritierter Professor am Zentrum für Wirtschaftsstudien und Planung der Jawaharlal Nehru Universität in Neu-Delhi. Er ist der Autor von „Capital and Imperialism“ und zahlreichen anderen Büchern. Herzlich willkommen, Professor Patnaik.

Prabhat Patnaik (PP): Vielen Dank.

LF: In Ihrem Artikel über die Verbindung zwischen dem IWF und der Ukraine-Krise ist die Wirtschaftspolitik ein zentrales Thema. Beginnen Sie also mit Ihrer Einschätzung zur Haltung des russischen Präsidenten Putin gegenüber der des IWF.

PP: Zu Zeiten der Sowjetunion bestand eine ideologische Konfrontation zwischen dem Kommunismus und dem Kapitalismus, in der allgemein davon ausgegangen wurde, dass die Hegemonie des internationalen Finanzkapitals durch die kommunistischen Länder verhindert wird. Denn es handelt sich um Länder mit zentraler Planung, Länder, in denen der Staat eine sehr wichtige Rolle bei der allgemeinen Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung spielte. Somit war dies ein Regime, in dem die Sowjetunion tatsächlich gegen das freie Funktionieren des Marktes, das freie Funktionieren des internationalen Finanzkapitals gerichtet war.

Nun neigen viele Menschen dazu, Putins Handlungen in gewisser Weise als eine Fortsetzung oder ein Erbe der Handlungen der KPdSU [Kommunistische Partei der Sowjetunion] zu sehen, was meiner Meinung nach nicht korrekt ist. Deshalb glaube ich, dass es sich vielmehr um die Sicherheitsbedrohung für Russland handelt, auf die sich Putin konzentriert. Aber was gehört noch zu dieser Sicherheitsbedrohung? Seine Ablehnung des IWF rührt nicht daher, dass der IWF im Grunde genommen ein Förderer des internationalen Finanzkapitals ist, sondern weil der IWF in jeder Konfrontation mit Russland die Außenpolitik der USA fördert. Putin ist besorgt über die Rolle des IWF bei der Förderung der US-Hegemonie in der Ukraine.

Was auch immer man über die alte Sowjetunion sagen mag, Putin hat eine enorme Ungleichheit geschaffen, und das gilt nicht nur für Putin. Es begann mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, mit Boris Jelzin bereits. Aber das Resultat ist eine enorme Ungleichheit, die in Russland entstanden ist. Putin führt also nicht, wie ich eingangs erwähnte, einen ideologischen Kampf gegen den IWF, denn eine der Auswirkungen der Bedingtheiten des IWF besteht in der Entstehung dieser enormen Spaltungen innerhalb der Gesellschaft durch eine sogenannte investorenfreundliche Politik.

LF: So gesehen lehnt Putin Ungleichheiten also nicht wirklich ab. Und kämpft daher nicht wirklich gegen den IWF oder dessen Rolle bei der Entstehung, wie Sie sagen, enormer Spaltungen innerhalb der Gesellschaft. Konzentrieren wir uns für einen Moment auf die Rolle des IWF bei Interventionen in einer Volkswirtschaft. Erläutern Sie, wie der IWF funktioniert und was seine investorenfreundliche Politik für die Menschen bedeutet; nicht nur, wie in diesem Fall, für die russische und ukrainische Bevölkerung, sondern für Arbeitnehmer im Allgemeinen.

PP: In der Regel bedeutet dies erstens, dass die Rolle des Staates in der Wirtschaft im Namen des Volkes, d. h. die Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Subventionen für lebenswichtige Güter, deren Preise niedrig bleiben, die Rolle des Staates bei der Bereitstellung von Bildung, bei der Bereitstellung von Gesundheitsfürsorge, bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen, all dies muss tatsächlich aufgegeben werden. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Rolle des Staates in der Wirtschaft zurückgedrängt werden soll. Nein, die Regierung soll im Interesse des Großkapitals handeln, des Großkapitals, das auf das internationale Finanzkapital ausgerichtet ist. Die Regierung verändert ihre frühere Funktion völlig, und nutzt ihre neue Rolle als Förderer der Interessen des Großkapitals, um den Lebensstandard des Volkes zu beeinträchtigen.

Man agiert also gegen die Arbeiterklasse, man reduziert die Verhandlungsstärke der Arbeiterklasse, was als Einführung von Arbeitsmarktflexibilität bezeichnet wird, und bedeutet, dass die Gewerkschaften geschwächt oder zerschlagen werden müssen, um investorenfreundlich aufzutreten. Der Soziallohn, den der Staat durch seine Gesundheitsversorgung und andere Ausgaben bereitstellt, wird gekürzt. Der öffentliche Sektor wird aufgegeben, und zwar zu einem Spottpreis. Die Gewerkschaften des öffentlichen Sektors werden zu einem Spottpreis an die verschiedenen Großkapitalisten aus dem In- und Ausland verkauft. Alles in allem läuft dies also auf einen Angriff auf die Arbeitskräfte hinaus, um die Wirtschaft investorenfreundlich zu machen.

LF: Obwohl es angesichts des Kontexts nicht sonderlich schwer ist, gibt es einige Ausdrücke in diesem Artikel, wie z. B. „dirigistisch“, die vielen von uns nicht so geläufig sind. Erläutern Sie bitte, was Sie mit der Aussage meinen, dass der IWF von einem Förderer eines dirigistischen Regimes zu einem Zerstörer des dirigistischen Regimes und zu einem Instrument für die Durchsetzung eines neoliberalen Regimes geworden ist.

PP: Der IWF wurde damals als Hilfe für, sagen wir, eine Entwicklungsstrategie ins Leben gerufen, bei der der Staat eine wichtige Rolle übernahm. Die Regierung war maßgeblich an der Unterstützung der Menschen beteiligt, indem sie durch diese Aufwendungen direkt eine größere Anzahl von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft schuf. Der IWF war also ein Hilfsmittel dafür. Tatsächlich wurde der IWF, wie Sie wissen, in Bretton Woods zwischen den Institutionen IWF und der Weltbank gegründet. Das Abkommen von Bretton Woods, der dort vereinbarte Vorschlag, wurde im Wesentlichen von John Maynard Keynes auf der einen und Harry Dexter White aus den Vereinigten Staaten auf der anderen Seite initiiert. Harry Dexter White stand in Verbindung mit der Roosevelt-Administration, mit dem New Deal, während Keynes über die Notwendigkeit der so genannten Sozialisierung von Investitionen schrieb. Der Staat müsse stets dafür sorgen, dass die Wirtschaft einer Vollbeschäftigung möglichst nahe kommt.

Das internationale Regime, in dem sie agieren würden, erlaubte Handelskontrollen, Zölle, mengenmäßige Beschränkungen für Importe und Exporte, usw. Es erlaubte Kapitalverkehrskontrollen. Gleichzeitig hieß es aber auch, dass ein Land Zahlungsbilanzprobleme haben könne und dass einige dieser Probleme nicht leicht zu lösen seien. In einem solchen Fall müsse man von einer Organisation Geld leihen und der IWF war als eine solche Organisation gedacht. Der IWF würde in diesem Fall bestimmte Vorgaben machen, wie die Staatsausgaben zu kürzen sind, und so weiter. Viele progressive Ökonomen lehnten dies damals ab, weil es in den Defizitländern zu Arbeitslosigkeit führte, um die Defizite zu überwinden. Aber diese Ziele lagen innerhalb des Regimes, innerhalb desselben Wirtschaftsregimes: Wenn die Regierung, sagen wir, 100 Dollar ausgibt, sollte sie ihre Ausgaben tatsächlich um 20 Dollar kürzen. Die Nachfrage geht also zurück, die Importnachfrage sinkt, und damit auch das Defizit. Die Überschussländer waren nicht gezwungen, irgendwelche Anpassungen vorzunehmen.

Im Rahmen der IWF-Vereinbarung werden nur Defizitländer zu Anpassungen gezwungen, um die Krise zu überwinden, um ihre Zahlungsbilanzprobleme zu lösen. Stellen Sie sich vor, die Überschussländer wären gezwungen worden, Anpassungen vorzunehmen, sodass sich letztendlich die Defizite und Überschüsse aller Länder auf Null ausgleichen. Aber das wurde nicht vereinbart, weil selbst zu Zeiten des alten IWF viele von uns die Rolle, die der IWF spielte, kritisierten. Aber das war alles noch innerhalb des Regimes. Dann änderte sich der IWF, und er wurde nicht nur zu einer Einrichtung, die Kredite zur Deckung von Defiziten vergab, sondern auch zu einer Einrichtung, die den Vorschlag für die Einführung eines neuen liberalen Regimes machte. Diese Institution schlug die Privatisierung des öffentlichen Sektors vor, die Abschaffung des Gesundheitswesens, und dass die Kürzung der Ausgaben nicht der Regierung überlassen werden dürfe. Darüber entscheide jetzt der IWF und so weiter.

Die Funktion der Regierung sollte geändert werden. Dass sie nicht direkt mehr Arbeitsplätze für die Menschen schaffen oder die Reallöhne der Menschen durch höhere Soziallöhne erhöhen sollte, sondern dass sie das Land tatsächlich investorenfreundlich machen sollte, was im Grunde genommen bedeutet, die Arbeiterklasse anzugreifen. Auf diese Weise wurde ein alternatives Wirtschaftssystem vorgeschlagen, das sich von dem Wirtschaftssystem unterscheidet, das Keynes oder Harry Dexter White befürwortet hätten. Dadurch verwandelte sich der IWF. Er wurde, wenn man so will, zu einer Art Einrichtung, die sich weltweit um die Interessen des internationalen Finanzkapitals kümmert. Aber auch das ist, wie ich in diesem Artikel versucht habe, anzudeuten, natürlich eine allgemeine Rolle, die der IWF jetzt überall auf der Welt spielt.

Darüber hinaus besteht eine besondere Nähe zur Außenpolitik der USA, zur US-Regierung, weshalb Länder, die sich dieser Politik widersetzen, tatsächlich bestraft werden. Zudem wird eine solche Missachtung zu einem Anlass für die USA, in die Politik des Landes einzugreifen und die Regierung zu ersetzen. Es handelt sich also um eine völlig veränderte Funktion im Vergleich zu der, die ursprünglich im Rahmen des Bretton-Woods-Abkommens für die USA vorgesehen war.

LF: Dieser veränderte IWF, den Sie da beschreiben, ist der IWF, den Heiner Flassbeck und seine Kollegen in den 1990er Jahren überall in den ehemaligen Sowjetrepubliken, auch in Russland, als Regierungsberater vorfanden. Und diese Wirtschaftspolitik des Westens, wie in der Einleitung zitiert, schadete den Ländern massiv und erwies sich als fatal für ihre Entwicklungschancen.

PP: Ja. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der osteuropäischen sozialistischen Länder kam es zu einem massiven Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und des Nationaleinkommens. Die Arbeitslosigkeit nahm massiv zu. Die wirtschaftliche Notlage war so groß wie nie zuvor in Friedenszeiten. In Russland wurde das Land während der Jelzin-Periode lange Zeit praktisch von einer Gruppe von Personen aus den Vereinigten Staaten geführt. In der Tat war Jelzin von ihnen umringt. Sie waren die wichtigsten wirtschaftlichen Architekten des Niedergangs der Sowjetunion und Russlands.

Auch in diesem Fall gingen solche Oligarchen hervor, die sich das Staatseigentum einfach zu eigen machten. In gewissem Maße wurde nach dem Abgang von Boris Jelzin in Russland selbst eine Art Kontrolle eingeführt. Aber in den übrigen osteuropäischen Ländern stehen wir jetzt vor einer Situation, in der sie in gewissem Sinne ihre Produktivsysteme verloren haben. Der produktive Apparat, der aufgebaut worden war, ist nicht mehr vorhanden. Stattdessen wandern die Menschen einfach als billige Arbeitskräfte nach Westeuropa und nach Großbritannien usw. aus.

LF: Kommen wir nun konkret auf den IWF und die Ukraine zu sprechen.

PP: Die Ukraine unterhält schon seit Ende der 1990er Jahre Beziehungen zum IWF. Diese Verbindung ist keine vorübergehende. Mit anderen Worten, es ist nicht so, dass man bei einem Zahlungsbilanzproblem den IWF um einen befristeten Kredit bittet und dann seine Wirtschaft in Ordnung bringt und den Kredit zurückzahlt. So eine Vereinbarung gab es nicht. Der Kredit, den die Ukraine und viele andere osteuropäische Länder beim IWF aufgenommen hatten, war eigentlich nicht zurückzuzahlen. Selbst jetzt sind die Schulden, die sie beim IWF und bei anderen haben, wie ich bereits sagte, kaum rückzahlbar.

Diese Schulden können nicht zurückgezahlt werden, vor allem, weil ihr Produktionsapparat nicht genügend leistet. Das war also der Fall. So bestand der IWF irgendwann auf der Erfüllung bestimmter Auflagen für die Ukraine, um die Schulden weiter zu bedienen. Und zu diesen Bedingungen gehörte eine Senkung der Reallöhne. Eine Kürzung der Sozialausgaben der Regierung wurde verlangt, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen. Außerdem eine Reduzierung der Subventionen. In der Ukraine subventioniert die Regierung nämlich in erheblichem Umfang Gas, das allen inländischen Verbrauchern zur Verfügung gestellt wird. Ohne die staatlichen Subventionen wären die Gaspreise sehr hoch, und die Bevölkerung würde erheblich darunter leiden. Daraufhin erklärte der damalige ukrainische Präsident Janukowitsch, dass dies nicht möglich sei. Zu diesem Zeitpunkt beschloss der IWF, dass der Ukraine keine weiteren Kredite mehr gewährt werden, wenn die Bedingungen nicht erfüllt würden. Janukowitsch beschloss daraufhin, sich um Kredite von Russland zu bemühen und nahm Verhandlungen auf.

LF: Und wie fügen sich die Demonstrationen auf dem Maidan-Platz in all das ein?

PP: Als klar wurde, dass Janukowitsch das Darlehen des IWF nicht annehmen würde, kam es zu Demonstrationen. Aber dieses Darlehen war auch mit den Handelsverhandlungen mit der Europäischen Union verknüpft. Mit dem Scheitern des IWF-Darlehens wurden also auch die Handelsverhandlungen mit der Europäischen Union abgebrochen. Und dann begannen die Demonstrationen auf dem Maidan-Platz gegen Janukowitsch.

LF: Kommentieren Sie bitte, was nach dem Sturz der Regierung Janukowitsch und dem Regierungswechsel im Jahr 2014 mit den von der Regierung Janukowitsch gegenüber dem IWF errichteten Hindernissen geschehen ist. Ich denke dabei an die mangelnde Bereitschaft, die von Ihnen erwähnten Darlehensbedingungen zu akzeptieren, insbesondere an die mangelnde Bereitschaft Janukowitschs, die staatlichen Subventionen für ukrainisches Gas für die inländischen Verbraucher und die ukrainische Bevölkerung zu kürzen. Mit anderen Worten: Kürzungen der öffentlichen Ausgaben, die einem breiten öffentlichen Interesse dienen, indem die Lebenshaltungskosten niedrig gehalten werden. Was hat die neue Regierung bei Amtsantritt getan?

PP: Zunächst hat sie die Gassubvention um die Hälfte gekürzt. Dadurch stiegen die Gaspreise für die Verbraucher an. Zweitens gab es unter Janukowitsch ein Verbot für den

Verkauf von Grundstücken in der Ukraine an das Großkapital, an ausländische Investoren und so weiter. Und eine der Forderungen des IWF war die Aufhebung dieses Verbots. Unmittelbar nach dem Regierungswechsel wurde dieses Verbot aufgehoben. So kam es zur Öffnung der Ukraine, nicht nur der ukrainischen Ressourcen, sondern auch der Landflächen für das Eindringen von ausländischem Kapital, ausländischem Großkapital.

LF: Unter diesen Bedingungen, unter denen die neue ukrainische Regierung eine investorenfreundliche Politik verfolgte, wurde das IWF-Darlehen bewilligt. Um Ihren Artikel zu zitieren: Dieser Kredit hatte einige bemerkenswerte Merkmale, wie Sie sagen. Erstens: Das Darlehen „war riesig, viel größer (tatsächlich mehr als das Sechsfache) als das, was der IWF normalerweise in einer vergleichbaren Situation bereitstellen würde". Zweitens: „… er wurde einem Land gewährt, das sich mitten in einem Bürgerkrieg befand, was gegen die übliche Praxis des IWF ist." Drittens: „Es war von Anfang an bekannt, dass der Kredit unmöglich rückzahlbar sein würde, so dass das einzige Mittel zur Rückerstattung des Kredits darin bestand, die Kontrolle über die Landfläche und die Bodenschätze des Landes (vor allem Erdgas) an das Großkapital zu übertragen."

Nach den Fast Facts des IWF ist die Ukraine im März 2021 einer der vier größten Kreditnehmer des IWF. Und heute, im März 2022, hat sich die Ukraine bekanntlich erneut an den IWF um ein zusätzliches Darlehen gewandt. Bevor dieses Darlehen genehmigt wurde und die Einzelheiten bekannt waren, schrieben Sie, dass die genaue Höhe der Unterstützung und der Zweck, für den sie beantragt wird, noch unklar seien. Aber eines ist klar: Wenn die derzeitige Krise in der Region beendet ist, wird die Ukraine, egal wie diese gelöst wird, zu einem zweiten Griechenland Europas werden. Erklären Sie uns, was Sie damit meinen.

PP: Ich meine damit, dass der Umfang der Kredite so groß ist, dass ich nicht glaube, dass die Ukraine aus eigener Kraft aus diesem Zustand der Verschuldung herauskommt. Wir sprechen von einer Globalisierung, für die der IWF weltweit die Voraussetzungen geschaffen hat, und diese Globalisierung umfasst zwei ganz unterschiedliche Formen. Es gibt Länder in Asien, sagen wir China, Vietnam, in gewissem Maße auch Indien und Bangladesch, in denen Globalisierung durch die Ansiedlung von Produktions- oder Dienstleistungstätigkeiten erfolgt. Mit anderen Worten handelt es sich um Länder, in die ein Großteil der Aktivitäten aus den Metropolen verlagert wird. Ihr Produktionssystem bleibt also erhalten und wird durch die Globalisierung gefördert, aber nicht im Interesse der Menschen. Offensichtlich profitieren die Menschen nicht davon, weil die Landwirtschaft zerstört wird – aber darauf möchte ich nicht weiter eingehen.

An anderen Orten wird der Produktionsapparat durch Globalisierungsmaßnahmen nicht unterstützt und gefördert, sondern völlig zerstört. Das führt zu Migration. Osteuropa gehört zu letzterem. Daher ist die Vorstellung, dass die osteuropäischen Länder genügend Eigenproduktion generieren und durch Exporte genügend Devisen zur Rückzahlung dieses Kredits aufbringen, nicht wirklich gegeben. Selbstverständlich ist die Aufnahme von

Krediten beim internationalen Finanzkapital zur Begleichung der Schulden des IWF eine Möglichkeit, die aber keine Lösung für das Problem der Verschuldung darstellt. Ich denke also, dass diese Länder hoch verschuldet bleiben werden und so gesehen würden sie wie Griechenland sein. Auf ewig würden den Menschen diese Sparmaßnahmen auferlegt werden. Das bedeutet, dass sie von den Vorteilen dieser Kredite oder was auch immer ausgeschlossen sein werden.

LF: In aller Kürze, fassen Sie bitte die Argumente zusammen, die Sie heute vorgebracht haben. Zunächst zur Rolle des IWF, dann zur Verbindung zwischen IWF und der Ukraine-Krise.

PP: Das allgemeine Ziel besteht darin, alle Länder für den freien Kapital- und Finanzverkehr und sogar für den Warenverkehr zu öffnen. Das ist in der Tat der Kern der neoliberalen Wirtschaftspolitik, dass die Volkswirtschaften grundsätzlich geöffnet werden sollten. Die Öffnung bedeutet nicht nur den Zugang von Kapital, um Industrien zu gründen, oder den Zugang von Kapital, um Industrien aufzukaufen, sondern auch die Kontrolle über die Rohstoffressourcen. Und im Falle der Ukraine auch die Verwaltung der Landflächen. Das Kapital würde gerne das gesamte Land des Planeten besitzen. Das ist also ein allgemeines Ziel, das vom IWF im Namen des internationalen Finanzkapitals auf der ganzen Welt verfolgt wird. Das unternimmt der IWF gegenwärtig überall.

Aber im Fall der Konfrontation zwischen Russland und der Ukraine können wir argumentieren, dass dies nicht alles ist. Es handelt sich um etwas viel Spezifischeres, denn amerikanische außenpolitische Interessen werden zusätzlich gefördert. Es besteht eine enge Verflechtung zwischen den außenpolitischen Interessen der USA und des IWF. Daher erfüllt der IWF nicht nur eine allgemeine Rolle, sondern in diesem speziellen Fall eine spezifische Rolle, die, wenn Sie so wollen, die allgemeine Rolle überlagert, mit dem Ziel, die Ukraine unter der Kontrolle des IWF zu halten, damit sie tatsächlich den außenpolitischen Interessen der USA Folge leistet.

LF: Prabhat Patnaik, vielen Dank.

PP: Gleichfalls vielen Dank.

LF: Und aus Genf, der Schweiz, vielen Dank, dass Sie sich für diesen Teil von GPEnewsdocs Zeit genommen haben.

ENDE